



Geschäftsführung Hauptausschuss

Frau Piszczan

Telefon: (0221) 221 26014

Fax: (0221) 221 26570

E-Mail: giulia.piszczan@stadt-koeln.de

Datum: 18.01.2022

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Hauptausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 10.01.2022, 16:36 Uhr bis 18:34 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christiane Martin	GRÜNE	
Herr Bernd Petelkau	CDU	vertreten durch Bürgermeister Dr. Ralph Elster zu TOP 1.1 und A
Herr Lino Hammer	GRÜNE	
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE	
Herr Manfred Richter	GRÜNE	
Herr Mike Homann	SPD	
Herr Christian Joisten	SPD	
Frau Lisa Steinmann	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Frau Jennifer Glashagen	Volt	
Herr Michael Hock	Die FRAKTION	

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Dr. Ralph Elster	CDU	Vertreter von Bernd Petelkau zu TOP 1.1 und A
-------------------------------------	-----	---

Beratende Mitglieder

Herr Christer Cremer	AfD	
Frau Nicolin Gabrysch	KLIMA FREUNDE	

Herr Thor-Geir Zimmermann

GUT Köln

Verwaltung

Frau Stadtdirektorin Andrea Blome

Frau Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert

Herr Beigeordneter Ascan Egerer

Herr Beigeordneter Robert Voigtsberger

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau

Herr Beigeordneter Markus Greitemann

Herr Beigeordneter Stefan Charles

Herr Beigeordneter William Wolfgramm

Frau Alessandra Caroli

Herr Alexander Vogel

Herr Dr. Lothar Becker

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Verwaltung

Frau Bettina Mötting

Frau Oberbürgermeisterin Reker eröffnet die 10. Sitzung des Hauptausschusses und begrüßt die Anwesenden.

I. Es liegt ein Antrag zur Durchführung einer **Aktuellen Stunde** vor.

TOP 1.1

Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Baustopp bei MiQua-Hochbau - Folgen für Kosten und Zeitplan?"

AN/0001/2022

Frau Oberbürgermeisterin Reker weist darauf hin, dass aufkommende Fragen und Argumentationen bezüglich der Kündigung, die sich auf schutzwürdige Daten aus dem Vertragsverhältnis beziehen würden und aus Rechtsgründen nicht öffentlich verbreitet werden dürften, im nicht öffentlichen Teil behandelt werden müssten.

II. Anschließend nennt die Oberbürgermeisterin die weiteren Punkte, die in der Tagesordnung zugesetzt werden sollen.

I. Öffentlicher Teil

3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand Verhandlung mit dem Autonomen Zentrum"
AN/0016/2022

Der Hauptausschuss stimmt der so geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

- 1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Baustopp bei MiQua-Hochbau - Folgen für Kosten und Zeitplan?"
AN/0001/2022

2 Mitteilungen

- 2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin
- 2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation
- 2.1.2 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage
4336/2021
- 2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

- 3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand Verhandlung mit dem Autonomem Zentrum"
AN/0016/2022

Antwort der Verwaltung vom 10.01.2022
0056/2022

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

5 Dringlichkeitsentscheidungen

6 Allgemeine Vorlagen

- 6.1 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021

7 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

A Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Baustopp bei MiQua-Hochbau - Folgen für Kosten und Zeitplan?"

8 Mitteilungen

8.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

8.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

9 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

10 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

11 Dringlichkeitsentscheidungen

12 Personalangelegenheiten

12.1 Personalangelegenheit
4273/2021

12.2 Personalangelegenheit
4216/2021

12.3 Personalangelegenheit
4351/2021

13 Allgemeine Vorlagen

14 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde

1.1 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Baustopp bei MiQua-Hochbau - Folgen für Kosten und Zeitplan?" AN/0001/2022

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.

Herr Beigeordneter Greitemann erläutert den aktuellen Sachstand zum Bauprojekt MiQua und geht hierbei insbesondere auf die Gründe ein, die zur Kündigung des Vertrages mit dem Stahlbauunternehmen geführt haben.

Herr Beigeordneter Greitemann stellt heraus, dass sich die Stadtverwaltung im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit öffentlichen Mittel zu ihrer Verantwortung zum wirtschaftlichen Handeln bekennen müsse. Zudem weist er auf Nachfrage darauf hin, dass die Stadt Köln bereits vor der Kündigung verschiedene Maßnahmen zur außergerichtlichen Streitbeilegung vorgeschlagen habe, die das Stahlbauunternehmen jedoch abgelehnt habe. Durch die Kündigung sei der Vertrag endgültig beendet und eine Mediation zur Frage der Fortsetzung des Vertrages käme daher nicht mehr in Betracht. Weiterhin sei jedoch eine Mediation bei Zustimmung beider Parteien zu Fragen zu möglichen verbleibenden Vergütungsansprüchen, Schadensersatzanforderungen und der weiteren Verwendung der bereits hergestellten, aber noch nicht verbauten Bauteile, möglich.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird nach § 5 Abs. 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkung:

Ein weiterer Teil der Diskussion und die Beschlussfassung erfolgten im nichtöffentlichen Teil unter TOP A.

2 Mitteilungen

2.1 Mitteilungen der Oberbürgermeisterin

2.1.1 Bericht der Verwaltung zur aktuellen Entwicklung in der Pandemiesituation

Frau Stadtdirektorin Blome gibt einen Überblick über die Lage über die Pandemiesituation im vergangenen Jahr und berichtet über die aktuellen Entwicklungen.

Die Sterblichkeitsrate in Köln sei vergleichsweise sehr niedrig und liege bei 0,89 Prozent und damit weit unter dem Landes- und Bundesdurchschnitt. Dies sei das Ergebnis wirksamer Maßnahmen der Stadt Köln.

Der Inzidenzwert liege derzeit bei 370,6 (Stand 10.01.2022). Köln liege damit im Bereich des Landes- und Bundesdurchschnitts. Die höchst ansteckende Omikron-Variante werde im Rahmen der Variantensequenzierungen in den von der Stadt Köln beauftragten Laboren nun bereits in 90 Prozent der Fälle nachgewiesen.

Die Impfquote der Kölner Bevölkerung liege für die Erst- und Zweitimpfung bei jeweils ca. 78 Prozent und für die Auffrischungsimpfung bei bereits ca. 46 Prozent und damit zum einen leicht über dem Landesdurchschnitt und zum anderen deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

Die Situation in den Krankenhäusern sei zurzeit noch beherrschbar, wenn auch die lange Zeit der Pandemie und die hohe Auslastung eine große Belastung für die betroffenen Mitarbeiter*innen im Gesundheitsbereich darstelle.

Frau Stadtdirektorin Blome erläutert den Sachverhalt zu den durch Hilfsorganisationen in der Zeit des Jahreswechsels verimpfte Impfstoffe, die länger aufgetaut gewesen seien als es nach dem Übergabeprotokoll zulässig sei. Auch wenn es sich hierbei um einen Einzelfall handle, sei dies zum Anlass genommen wurden, die Prozesse noch einmal zu überprüfen und gegebenenfalls Nachschärfungen vorzunehmen. Wichtig sei, dass bislang alle Experten bestätigt hätten, dass keine Gesundheitsgefahr für die betroffenen Personen bestände und auch die Wirkung des Impfstoffes nur in geringem Maße vermindert sein könnte. Zudem habe man das Paul-Ehrlich-Institut um eine fachliche Einschätzung gebeten.

Die Stadt Köln habe die Betroffenen auf schnellstem Wege über verschiedene Medien informiert, da es aufgrund datenschutzrechtlicher Hürden kein zentrales Impfbregister gebe. Man werde die betroffenen Personen nun ergänzend in einem zweiten Schritt einzeln kontaktieren.

Auf Nachfrage von Herrn Zimmermann informiert Herr Beigeordneter Dr. Rau über die Situation in den Gesundheitsämtern. Die Kontaktnachverfolgung werde in Köln im Gegensatz zu anderen Kommunen immer noch weiter betrieben. Die Kontaktprozesse werde man weiterhin optimieren und digitalisieren. Die am 17.12.2021 beschlossene Typisierung jedes positiven PCR-Tests sei nun wieder abgeschafft worden, da die Ergebnisse aufgrund der überwiegend auftretenden Omikron-Variante keinen Mehrwert mehr hätten.

Auf Nachfrage von Herrn Cremer teilt Frau Stadtdirektorin Blome mit, dass derzeit nur eine Zwischenmeldung des Paul-Ehrlich-Institutes vorliege. Sobald eine finale Mitteilung vorliege, werde man mit dem Gesundheitsdezernat die Bekanntmachung der Ergebnisse abstimmen.

2.1.2 Autonomes Zentrum - Sachstandsbericht über den Dialog zur Alternativstandortfrage 4336/2021

Herr Sterck fragt nach der Verantwortung der Stadt Köln dafür, dass das Autonome Zentrum Ende 2018 nicht ausgezogen sei, und ob die Verwaltung zu den damals beteiligten Personen im Rahmen der Kontinuität des Verwaltungshandelns noch in Kontakt stehe.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilungen zu gleichstellungsrelevanten Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Anfragen (§ 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

3.1 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "Sachstand Verhandlung mit dem Autonomen Zentrum" AN/0016/2022

**Antwort der Verwaltung vom 10.01.2022
0056/2022**

Herr Cremer fragt nach, warum in der Beantwortung der Anfrage nicht mitgeteilt wird, wer die Teilnehmenden der beteiligten Akteure an den Verhandlungen seien und wann die Gespräche stattgefunden hätten. Zudem möchte er wissen, welche konkreten Standorte Gegenstand der Verhandlung seien.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Hauptausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Anträge (§ 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen)

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

5 Dringlichkeitsentscheidungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

6 Allgemeine Vorlagen

**6.1 Rondorf Nord-West, Entflechtungsstraße
Erweiterter Planungsbeschluss nach kleinräumiger Variantenuntersuchung
2622/2021**

Die Fraktionen und Einzelmandatsträger*innen stellen ihre Positionen dar.
Herr Hammer schlägt vor, so wie von der Bezirksvertretung Rodenkirchen empfohlen (Variante H), abzustimmen.

**I. Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen**

Beschluss in der von der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 06.09.2021 empfohlenen Fassung (Variante H in Anlage 12):

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die fortgeschriebene Planung der Entflechtungsstraße in Form der Variante *G von Immendorf bis zum Kreuzungspunkt mit der Variante A, ab dann in Form der Variante A bis Meschenich* gem. Anlage 4 weiterzuverfolgen und hierfür die Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Hierbei ist bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen, dass

- 1. die ökologischen Nachteile dieser Trassenführung weitestgehend ausgeglichen bzw. möglichst sogar überkompensiert werden (z.B. durch Kombination von Acker- & Blühstreifen, Extensivierung der Ackerbewirtschaftung, Ausgestaltung des vorgesehenen Regenwasserauffangbeckens als Feuchtbiotop, Anlage eines "Krötentunnels" für eine spätere Verbindung zur dann nicht mehr genutzten Kiesgrube, vollständiger Rückbau / Entsiegelung der durch die Entflechtungsstraße verzichtbaren Straße "Vor dem Dorf", evtl. Anlage von magerem Grünland);*
 - 2. über die Entflechtungsstraße, sondern über die Straße zum Gewerbegebiet Immendorf angeschlossen wird,*
 - 3. beide Teile der durch G geteilten landwirtschaftlichen Fläche für die Bewirtschaftung weiterhin gut erreichbar sind,*
 - 4. den Besitzern der vom Hof abgetrennten Fläche ein Grundstückstausch in Hofnähe angeboten wird,*
 - 5. am Beginn der Variante G ein Lärmschutz für die Giesdorfer Höfe vorgesehen wird.*
- Der Hauptausschuss beschließt, die Zaunhofstraße (K15) mit Inbetriebnahme der Entflechtungsstraße für den motorisierten Verkehr zu sperren. Für Anlieger ist die weitere Nutzung als Zufahrt zu Ihren Grundstücken zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Volt und bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

II. Abstimmung über die so geänderte Vorlage

Beschluss in der von der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 06.09.2021 empfohlenen Fassung (Variante H in Anlage 12):

Der Hauptausschuss beauftragt die Verwaltung, die fortgeschriebene Planung der Entflechtungsstraße in Form der Variante *G von Immendorf bis zum Kreuzungspunkt mit der Variante A, ab dann in Form der Variante A bis Meschenich* gem. Anlage 4 weiterzuverfolgen und hierfür die Planfeststellung bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen.

Hierbei ist bei den weiteren Planungen zu berücksichtigen, dass

1. die ökologischen Nachteile dieser Trassenführung weitestgehend ausgeglichen bzw. möglichst sogar überkompensiert werden (z.B. durch Kombination von Acker- & Blühstreifen, Extensivierung der Ackerbewirtschaftung, Ausgestaltung des vorgesehenen Regenwasserauffangbeckens als Feuchtbiotop, Anlage eines "Krötentunnels" für eine spätere Verbindung zur dann nicht mehr genutzten Kiesgrube, vollständiger Rückbau / Entsiegelung der durch die Entflechtungsstraße verzichtbaren Straße "Vor dem Dorf", evtl. Anlage von magerem Grünland);
 2. über die Entflechtungsstraße, sondern über die Straße zum Gewerbegebiet Im-mendorf angeschlossen wird,
 3. beide Teile der durch G geteilten landwirtschaftlichen Fläche für die Bewirtschaftung weiterhin gut erreichbar sind,
 4. den Besitzern der vom Hof abgetrennten Fläche ein Grundstückstausch in Hofnähe angeboten wird,
 5. am Beginn der Variante G ein Lärmschutz für die Giesdorfer Höfe vorgesehen wird.
- Der Hauptausschuss beschließt, die Zaunhofstraße (K15) mit Inbetriebnahme der Entflechtungsstraße für den motorisierten Verkehr zu sperren. Für Anlieger ist die weitere Nutzung als Zufahrt zu Ihren Grundstücken zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU und Volt und bei Stimmenthaltung der Oberbürgermeisterin zugestimmt.

7 Mündliche Anfragen

7.1 Besetzungsverfahren des Stadtentwicklungsdezernates

Herr Kockerbeck fragt nach der Gestaltung des aktuellen Besetzungsverfahrens des Stadtentwicklungsdezernates auf Basis des bestehenden Ratsbeschlusses vor dem Hintergrund der Stellungnahme der Landesministerin für Kommunales in NRW, Frau Ina Scharrenbach.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Antwort der Verwaltung zu TOP 7.1 zur Niederschrift:

Das Verfahren zur Besetzung der Stelle des Beigeordneten Dezernat IX wird auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 16.09.2021 fortgeführt. Die Oberbürgermeisterin wird dem Rat voraussichtlich zur nächsten Sitzung einen Vorschlag für eine Kandidatin/einen Kandidaten unterbreiten.

Das Schreiben der Ministerin vom 21.12.2021 stellt klar, dass für das Auswahlverfahren von Beigeordneten keine besonderen Verfahrensmaßgaben bestehen und der Rat daher im Rahmen der Verfahrensautonomie Festlegungen treffen kann.

Die Oberbürgermeisterin wird die Fraktionen und Einzelratsmitglieder zum einem Austausch einladen, um Fragen im Hinblick auf künftige Verfahren zu erörtern.

7.2 „Corona-Spaziergänge“

Frau Gabrysch fragt nach dem Umgang mit den derzeit stattfindenden „Corona-Spaziergängen“.

Frau Oberbürgermeisterin Reker teilt mit, dass die Polizei für das Verbot von Demonstrationen zuständig sei und sagt zudem eine schriftliche Beantwortung zu.

7.3 Alkoholverbot

Herr Joisten nimmt Bezug auf die aktuelle Presseberichterstattung zum geplanten Alkoholkonsum- und Verkaufsverbot. Er fragt nach dem aktuellen Sachstand und der zukünftigen Beteiligung des Rates.

Frau Oberbürgermeisterin Reker sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Gez. Henriette Reker
Oberbürgermeisterin

Gez. Giulia Piszczan
Schriftführerin